

Engere Grenzen für das Phantasialand

VON BRITTA HAVLICEK, KSTA, 06.06.08, 23:34h

Das Umweltministerium hegt Bedenken gegen eine Erweiterung zulasten des Waldes. Der Regionalrat in Köln soll nun über eine kleine Lösung entscheiden. Der Landesbetrieb Wald will aber nicht mitspielen.



Die Ausdehnung des Phantasialandes zulasten des Waldes hält das Land für problematisch.

BILD: BEISSEL

Brühl - Nicht mehr um 30 Hektar, sondern nur noch um 16 Hektar Erweiterungsfläche für das Brühler Phantasialand soll es in der Sitzung des Kölner Regionalrates im September gehen. Ursprünglich sollte die Entscheidung darüber, wie sich der Vergnügungspark in den Naturpark Rheinland ausdehnen soll, am kommenden Freitag, 13. Juni, in Köln fallen. Doch nach einer Vertagung ist nun ein neuer Vorschlag von SPD und auch FDP im Regionalrat gekommen. Beide Parteien fordern eine Entscheidung über die 16-Hektar-Variante. Einen entsprechenden Beschlussantrag haben die Sozialdemokraten formuliert.

Das Phantasialand sehe darin „einen ersten, wichtigen Schritt auf dem Wege zu seiner Zukunftssicherung“, heißt es vom Unternehmen. Und doch gibt sich das Phantasialand mit 16 Hektar nicht zufrieden. Zur Zukunftssicherung brauche der Park eine Flächenausweitung um 30 Hektar. Daher werden in einem getrennten Verfahren die weiteren 14 Hektar für die Erweiterung angestrebt.

Nach Informationen des „Kölner Stadt-Anzeiger“ soll Regierungspräsident Hans Peter Lindlar am Freitagmorgen im Ältestenrat des Regionalrates jedoch berichtet haben, dass das Umweltministerium dem Phantasialand seine Waldfläche für die Erweiterung gar nicht verkaufen wolle. Der Landesbetrieb „Wald und Holz“ spricht sich schon seit längerem gegen die „erhebliche Waldinanspruchnahme sowie eine Zerschneidung eines geschlossenen Waldgebiets“ aus.

Die Landesregierung zeigt sich deutlich reserviert. „Man sei an einer Lösung interessiert, bei der die Natur so wenig wie möglich beeinträchtigt wird“, heißt es. Auf die Frage, ob damit klar sei, dass die Erweiterung nicht zulasten benachbarter Waldflächen gehen dürfe, heißt es in Düsseldorf: Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg (CDU) „erwartet, dass auch andere Möglichkeiten geprüft werden, bei denen weniger Natur beschädigt wird“.